

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Das unvollständig eingetragene Handelsblatt des Reichs für die Reichsstadt, Bonn, Bonn, Bonn.

Verleger: Dr. Heinrich Kiehn in Berlin, Druck und Verlag von Rudolf Müller in Berlin.

Vor der Wahl des Reichspräsidenten.

Ebert, voraussichtlicher Reichspräsident. Scheidemann, Ministerpräsident.

Die Kabinettsbildung.

(Telegramm unseres nach Weimar entsandten Sonderberichterstatters.)

Nur noch wenige Stunden und das Deutsche Reich hat seinen ersten Reichspräsidenten. Friedrich Ebert wird heute, darüber kann ein Zweifel nicht mehr bestehen, zum ersten Staatsoberhaupt der Deutschen Republik gewählt werden. Nach dem Wahlsatz wird der Präsident Dr. David eine Ansprache halten, an die sich eine kurze Rede des neuen Reichspräsidenten anschließen wird. Auf dem Wege vor dem Theater wird die Schulung von Weimar aufgestellt, um Ebert eine Ovation darzubringen, und auch die Mitglieder der Stadtverwaltung werden sich dort einfinden, um den Reichspräsidenten zu begrüßen. Vermutlich wird der Oberbürgermeister ein Hoch auf Ebert ausbringen. Eine Militärkapelle wird auf dem Wege marschieren, die Stadt Weimar hat Flaggenschmuck angelegt. Ein Geyßler findet heute im Schloß nicht statt. Es wird jedoch voraussichtlich zu Ehren des Präsidenten eine Festlichtfeier stattfinden.

Reichspräsident Ebert wird heute noch nach seiner Wahl Scheidemann zu seinem Ministerpräsidenten berufen und ihn beauftragen, das Kabinett zu bilden. Es läßt sich noch nicht

mit Sicherheit sagen, wie im einzelnen die neue Regierung zusammengefaßt sein wird. Hier in Weimar werden allerdings angeblich feststehende Listen der Minister verbreitet. Wir verzichten aber, sie wiederzugeben, da diese angeblich feststehenden Listen sich noch von Stunde zu Stunde ändern. Um 11 Uhr ist heute der Seniorsenator zu einer Beratung zusammengetreten. Er wird sich auch mit der Frage der Kabinettsbildung beschäftigen. Nach der sozialdemokratischen Forderung hielt eine öffentliche Sitzung ab. Man darf annehmen, daß heute im Laufe des Tages eine Einigung über die Besetzung der einzelnen Ministerien erfolgen wird, und es sieht zu erwarten, daß Scheidemann schon morgen das Kabinett fertiggebracht haben wird. Es ist wahrscheinlich, daß von den Demokraten die Staatssekretäre Schiller und Bruns in ihren Ämtern verbleiben werden, und die Besetzung wird vermutlich an die Spitze des neu in Aussicht genommenen Reichsfinanzamtes treten, das die Frage der Sozialisierung, der Monopole usw. behandelt wird, während Schiller in dem Reichsfinanzministerium die eigentlichen Steuer- und Finanzfragen behandeln wird. Preußischer v. Richthofen dürfte Unterstaatssekretär für die Kolonien werden, da das Kolonialamt als besonderes Reichsamt aufgestellt und wie früher dem Auswärtigen Amt angegliedert werden soll. Die Regierung bleibt vorläufig in Weimar.

Die sozialpolitische Kommission der Deutschen demokratischen Partei hielt heute vormittag ihre erste Sitzung unter dem Vorsitz des Hamburger Senators Peteren ab. Die Aufgabe der Kommission wird es zunächst sein, ein großes sozialpolitisches Programm aufzustellen.

Die Berliner demokratische Liste.

Die Kandidatur Rathenau. — Die Aufstellung der Listen. — Die Vorherrschaft der Hausagrarien.

P. M. Die im heutigen Morgenblatt veröffentlichte Zusage Dr. Paul Rathenau an den Berliner Bezirksverband der Deutschen demokratischen Partei wird ein bedeutendes Licht auf die kommunalen Verhältnisse Berlins werfen. Dr. Paul Rathenau, einer der verdienstlichsten Kommunalpolitiker Berlins, wird der Liste genehmigt, an die 66. Stelle der demokratischen Liste für die Berliner Gemeindevahlen gesetzt zu werden. Da nach den Ergebnissen der Nationalwahlen die demokratische Partei bei den Gemeindevahlen kaum auf mehr als einige zwanzig Gemeindevorteiler wird rechnen können, so ist der Name Dr. Rathenau an eine völlig aussichtslose Stelle gerückt. Nun mag man zur Rechtfertigung sagen, daß auch zahlreiche andere fortschrittliche Stadterworteiler für eine Neuwahl nicht in Betracht kommen können. Durch den Fortfall des Hausbesitzerprivilegs und durch die Aufhebung des Dreiklassenwahlrechts sind völlig neue Grundlagen für die Gemeindevahlen geschaffen worden, mit denen sich die bisherigen Vertreter eben abfinden haben. Die notwendige Auslese wurde noch dadurch erschwert, daß selbstverständlich auch die außerordentlichen Stadterworteiler, die Vertreter der Frauen und der Jugend, nicht völlig ausgeschlossen werden durften. Aber gerade wenn sich eine scharfe Auslese aus den bisherigen Vertretern nicht umgehen ließ, mußte geordert werden, daß dabei alles vermieden wurde, was an Mängelwirtschaft und engherziger Richtungsmittelreue zu vermeiden konnte. Gewiß haben die an der Aufstellung der Liste beteiligten Kreise nicht alle Wünsche der früheren Fraktionen genossen berücksichtigen können. Wir sind auch weit davon entfernt, uns zu entziehen, wenn wir sehen, daß dieser und jener frühere fortschrittliche Stadterworteiler, der in der demokratischen Liste keinen Platz fand, sich zu der deutschen Volkspartei, ja sogar zur nationalen Vaterlandspartei gesellt hat, weil er mit deren Hilfe gewählt zu werden hofft. Es ist nicht das mindeste dagegen einzuwenden, daß Personen, die bisher fast ausschließlich unter liberaler Flagge gekämpft sind, jetzt bei den reaktionären Parteien, zu denen ihr Herz sie schon lange zog, Anschluss suchen. Wir sehen sie mit letztem Mute scheiden und haben nicht die geringste Beforgnis, daß aus dieser Abwanderung unzuverlässiger Elemente sich etwa der Mangel an Genügsamkeit der Demokratie ergeben könnte. Im Gegenteil, die Demokratie wird um so fester sein, je entschlossener sie der Reaktion gegenüber steht, auch wenn dabei Vertreter des früheren Kommunalparlamentes auf die andere Seite fallen.

Um so bedauerlicher muß es erscheinen, daß die demokratische Liste von der neuen Zeit kaum einen Hauch verpirnen läßt. Bis auf ganz wenige Ausnahmen sind an diejenige Stelle, die für die Wahl in Betracht kommen, nur typische Vertreter des Berliner Kommunalfreiwirtschafts angeordnet worden, und der geradezu das Hausagrariertum in Reinkultur darstellenden. Ja, man wird im einzelnen Falle die Frage aufwerfen müssen, ob ein aussichtsreicher Kandidat auch nur Gewinne dafür bietet, daß er antimentalitäten Regungen ungenügend ist. Wir finden in der Liste an hervorragender Stelle einen „Lehrer“, der wohl fast als Lehrer angesehen werden kann, in jedem Falle aber mit der Organisation der Berliner Lehrer nichts zu tun hat, während der berufene Vertreter der Berliner Volkspartei unberücksichtigt geblieben ist.

Stellt man sich diese verhängnisvollen Mängel der demokratischen Liste vor Augen, dann wird man auch für den Brief Dr. Rathenau das richtige Verständnis finden. Es ist natürlich nicht zu verstehen, weshalb man einen Mann, der in jeder Beziehung sich auf kommunalpolitischem Gebiet bewährt hat, unberücksichtigt Weise an eine völlig aussichtslose Stelle rückt, während andere Personen Berücksichtigung gefunden haben, bei denen man mehr als ein Fragezeichen zu machen sich genötigt sieht. So gern man die außerordentlichen Schwierigkeiten, die gerade diesmal bei der Aufstellung der demokratischen Liste sich ergeben mußten, zu berücksichtigen geneigt ist, so wird man doch nicht von der obersten Forderung abgehen können, daß von demokratischer Seite in die Berliner Stadtvertretung keine schwächlichen Klassenmänner und Hausagrarien entsandt werden, sondern Persönlichkeiten, die bisher schon als Demokraten und Vertreter einer entschlossenen Sozialpolitik erprobt waren.

Vielleicht gelingt es, wenigstens einige besonders peinliche Mängel der jetzigen Liste zu beseitigen. Wir teilen bereitwillig mit, daß heute noch einmal in einer Konferenz die demokratische Liste revidiert werden soll. Am besten wäre es wohl, eine ganz neue Liste aufzustellen, doch fürchten wir, daß es diesmal bei einem schwächtlichen Kompromiß bleiben wird. Aber man soll wenigstens aus dieser betrüblichen Erscheinung den richtigen Schluß für die Zukunft ziehen. Die bisherigen Wortführer des Berliner Kommunalfreiwirtschafts müssen sich damit abfinden, daß unter dem demokratischen Wahlrecht ihre maßgebende Rolle ausgeht. Die Berliner Organisation ist auf demokratischer Grundlage neu aufzubauen und bei der Aufstellung der künftigen Listen muß ein völlig geändertes Verhältnissystem in Anwendung gebracht werden. Sonst besteht die dringende Gefahr, daß die bisherigen demokratischen Wähler zwar nicht nach rechts, wohl aber nach links abdriften.

Die Gegenliebe im Versailles Kriegsrat.

Die Versöhnlichen und Gewaltpolitiker.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

Die Presse gibt heute offen zu, daß schwere prinzipielle Meinungsverschiedenheiten im Versailles Kriegsrat bezüglich der Erörterung des Waffenstillstandes bestanden. Man spricht sogar von einem sehr heftigen Zwischenfall zwischen Lord Milner und Marshall Foch, der nach dem Vomer „Prophet“ ist das konsequente Verhalten der Versöhnlichen gegenüber den Versöhnlichen, die einen entschlossenen Widerstand gelassen, und die Meinungsverschiedenheiten haben eine Debatte allgemeiner Natur hervorgerufen, in der die Ansicht hervortrat, die Politik der Gewalt endlich durch eine Politik zu ersetzen, die streng dem internationalen Völkerrecht entspricht. Die Presse, die zur Unterbindung der Fochschen Vorschläge mit Rücksicht auf die Interessen der Versöhnlichen die Versöhnlichen über die drohende Krise in der Überzeugung durch Deutschland verständigt hat, zeigt sich jetzt erleichtert darüber, daß ihre Kampagne wenig Erfolg hatte, und will nicht begreifen, weshalb der Versailles Kriegsrat nicht weiter mit gleicher Faust schlagen will. „Wir haben vor unvorhergesehenen Veränderungen“, schreibt der „Temp“, „es müssen sich also unvorhergesehene Widerstände geltend gemacht haben, und ein neues Arrangement muß improvisiert werden. Die Idee der Gewalt scheint gewissermaßen allseitig abgelehnt zu sein, und man hat von neuem nachgedacht, das die wirtschaftliche Lage allein genügt, um den Feind zu befehligen, und daß andererseits die innere Entwicklung Deutschlands eine genügende Sicherheit bietet. Gut man deswegen bei militärischen Waffenstillstandskommissionen jenseits der Grenze bezieht, um diese Theorie zu vertreten.“ Nach deutschem Verständnis ist die Frage im „Echo de Paris“ die Gegenliebe im Versailles Kriegsrat. Berlington schreibt: Dem Standpunkte, daß bis auf weiteres unsere Beziehungen zu Deutschland auf dem Liebeswege unserer Gewalt begründet sein müssen, stellt sich jetzt ein anderer entgegen, der unsere Beziehungen auf einer juristischen Basis begründet sehen will. Diejenigen, die die letzte Ansicht vertreten, erblicken in dem ersten Satz des Waffenstillstandsvertrages einen Vertrag, der nicht nur den Feind, sondern auch uns verpflichtet. Die Sorge, das Liebesgewicht unserer Kraft aufrechtzuerhalten, wird jetzt durch eine Sorge ersetzt, die, dem Befiegten auferlegten Pflichten als ein für allemal festgelegt zu betrachten. Sie sollen gewissermaßen eine Art Statut der Niederlage bilden, das die Rechte des Siegers begrenzt. Da keine der beiden Parteien nachgeben will, so muß man sich fragen, welche definitive Lösung heute gefunden werden wird.“ Die „Sunamith“ schreibt über die Kampagne der Berliner Presse: „Durch diese Kampagne, deren Liebesbeziehungen in die Augen springen, hoffe man Willen die Zustimmung zu neuen Gewaltmaßnahmen zu erreichen. Wir hoffen, daß Willen genügen den Widerstand leisten wird. Die Lösung des Problems kann aber nicht auf diesen Wegen gefunden werden. Der Grund des bestehenden Unwillens ist der Imperialismus. Wenn die Revolution sich von vornherein auf ein Wert der Gerechtigkeit gestützt hätte, wäre der Friede bereits da und uns verpflichtet. Sie ist jedoch gleich zu Beginn ein Feld geworden, auf dem sich alle internationalen Begierden entfeuert haben, und die Gerechtigkeit der europäischen Reaktion, das heißt die Gerechtigkeit der französischen Regierung, haben die Lage noch dadurch kompliziert, daß sie die Gerechtigkeit zu einem Kampf auf Tod und Leben gegen die zülführende Revolution verleiten wollten. Deshalb dauern die Diskussionen an, und die Konflikte vergrößern sich. Während dieser Zeit aber sammeln

Deutschland, das bemerkt hat, daß man es heraus und wirtschaftlich vernichten will, natürlich seine Kräfte.“

W. Zisch, 11. Februar.

Einer indirekten Meldung des Bureau Europa Press aus London zufolge erklärte die sozialdemokratische Partei die Frage, ob Deutschland sich nicht wieder erholen und Europa nochmals bezaubern könnte, wie folgt: „In Zukunft werden die Millionen 70 Millionen Deutsche als Raubparten haben. Wenn diese Deutschen in Zukunft unterdrückt werden, werden sie zu einer sozialen Revolution bereit sein, die nicht nur innerhalb der Grenzen Deutschlands bleiben wird. Ich glaube nicht, daß sich das alte Regime in Deutschland nochmals erholen kann. Das alte Regime ist in einem Maßstab unter einer harten Bedrohung begraben.“ (Siehe auch Seite 2.)

Noch keine Einigung über die Lebensmittellieferungen.

Verstärkung der Ententebedingungen. — Vorläufiger Abbruch der Verhandlungen.

Berlin, 11. Februar. (M. T. M.)

Die Veröffentlichung der Waffenstillstandskommission über das am 8. Februar in Spa unterzeichnete Lebensmittellieferungsabkommen hatte hervorgehoben: „Die Erfüllung des gesamten Abkommens ist von den Vertretern der alliierten Besatzungsmächte ausdrücklich abhängig gemacht worden von der Annahme und von der Ausführung der Bedingungen, die sie uns betreffend der Abgabe der Handelskassette anleitet haben und noch aufzulegen wollen. Daraus ergibt sich, daß selbst bei Annahme der Bedingungen eine Sicherheit für den regelmäßigen Eingang der von uns verlangten Lebensmittelversorgung nicht besteht.“ Zugleich ist der Bericht über die Verhandlungen der ebenfalls in Spa tagenden Unterkommission für die Erledigung des Schiffahrtsabkommens eingelaufen. Aus ihm ergibt sich, daß die Entente ihre Bedingungen weiter verschärft, so daß sich bis jetzt keine Einigung hat erzielen lassen. Die mündlichen Verhandlungen sind zunächst abgebrochen worden. Unter diesen Umständen bilden die Aussichten für unsere Lebensmittelversorgung, wie getrennt bereits festgestellt, nach wie vor höchst unfriedlich.

Aus den besetzten Gebieten.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Der kommandierende General des zehnten Armeekorps, General Mangin, hat, um der durch den Kohlenmangel geschaffenen Lage soweit wie möglich zu helfen, für die Stadt und den Kreis Saarbrücken 400 Zonen Karstoffeln zur Verfügung gestellt und die Lieferung weiterer Mengen versprochen. Von den Schwer- und Schwerarbeitern erhält jeder außerdem 375 Gramm Kohlenstoffe und 300 Gramm Getreidefleisch. Vom Verband sind schließlich 150 Doppelzentner Getreidefleisch für die Kohlenarbeiter zur Verfügung gestellt. Um die Kohlenlieferung im Saarrevier zu erleichtern und der normalen Förderung näherzubringen, hat die Bergwerksdirektion sich der französischen Militärverwaltung unterstellt. Für die nächste Zeit ist die Einleitung von Liebesbüchern angeordnet.